



BERICHT



KAS EUROPABÜRO BRÜSSEL

„EU-Armenia Partnership – values and principles“

**Adenauer-Forum mit dem Staatspräsidenten der Republik Armenien
Serzh Sargsyan**

Dienstag, 6. März 2012, 19 Uhr 30

Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung, Brüssel

In seinem Grußwort bekundete der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung und ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, **Dr. Hans-Gert Pöttering**, die Bereitschaft der EU, Armenien bei seinem Transformationsprozess zu begleiten.

Darüber hinaus begrüßte Dr. Pöttering die am 10. Februar 2012 erfolgte Aufnahme der Republikanischen Partei, der „Rechtsstaatspartei“ und der Partei „Erbe“ als Beobachter in die Europäische Volkspartei.

Dr. Pöttering würdigte die Fortschritte Armeniens bei der Annäherung an die EU in den vergangenen Jahren, betonte aber auch, dass der Karabach-Konflikt eine große Herausforderung bleibe. Hier bekundete er die Unterstützung der EU für die Minsk-Gruppe.

Freuer verwies er auf die Arbeit der KAS im Südkaukasus, die nicht nur Europäisierungsprozesse stärken, sondern auch regionale Zusammenarbeit fördern wolle. Dazu gehöre – im Verbund mit der EVP – auch die transnationale Parteienzusammenarbeit.

Künftige Herausforderungen seien nun die Konsolidierung der Demokratie, der Kampf gegen die Korruption sowie die erfolgreiche Abhaltung von Wahlen. In diesem Kontext äußerte Dr. Pöttering die Hoffnung, dass die Parlamentswahlen im Mai internationale Standards erfüllen würden.

Einleitend betonte der armenische Staatspräsident **Serzh Sargsyan** die Nähe die starke Bindung seines Landes zum europäischen Wertesystem: Sowohl das historische Erbe Armeniens, wie auch seine Werte, seine Kultur und seine Identität würden sein Land zu einem Bestandteil Europas machen. Diese gemeinsame Wertebasis sei auch die Basis für den europäischen Integrationsprozess Armeniens. Seinen europäischen Weg habe Armenien im Folge seiner Unabhängigkeit wiedergefunden. Vor zwanzig Jahren, als Armenien seine ersten Schritte als unabhängiger Staat machte, wären sich nur wenige die Tragweite der anstehenden Herausforderungen bewusst gewesen. Mittlerweise sei jedoch deutlich geworden, dass der Weg zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und einem liberalen Wirtschaftssystem einen grundsätzlichen Wandel der Gesellschaft notwendig mache.

Demokratische Strömungen hätten in Armenien bereits früh Fuß gefasst, so habe die französische Revolution Ende des 18. Jahrhunderts zahlreiche

BERICHT

EUROPABÜRO BRÜSSEL

6. MÄRZ 2012

www.eukas.eu

Bewegungen inspiriert. Ein weiteres Beispiel sei die noch unter dem Osmanischen Reich kreierte Verfassung von 1860.

In den vergangenen Jahren und nicht zuletzt dank der Östlichen Partnerschaft hätte die Zusammenarbeit der EU mit Armenien eine neue Dynamik gewonnen. Nach rund zweijährigen Verhandlungen habe man sich inzwischen weitgehend auf den Text des Assoziationsabkommens geeinigt. Die Schaffung einer umfassenden Freihandelszone sei ebenfalls von entscheidender Bedeutung für das Land. Die EU sei wichtigster Außenhandelspartner Armeniens – Exporte in die EU machten fast 50% aller Exporte aus und Importe aus der EU 1/3 aller armenischen Importe. Das Abkommen sei daher eine große Chance für die Schaffung von Wirtschaftswachstum und eine Verbesserung des Investitionsklimas. Vor einigen Tagen hätten zudem die Verhandlungen für ein Visaerleichterungs- und Rückführungsabkommen in Yerevan begonnen. Diese habe entscheidenden Einfluss für die Verbesserung der zwischenmenschlichen Kontakte, und öffne Europa für Jugend, Studenten und auch die armenische Wirtschaft. Hier bemerkte der Präsident, dass Armenien seine Hausaufgaben bereits lange erledigt habe, mehrere Länder aber als Gruppe behandelt würden. Dies sei nicht hilfreich.

Die Zusammenarbeit mit der EU erstreckte sich auch auf weitere Bereiche des wirtschaftlichen, politischen und institutionellen Reformprozesses: Das Hauptziel der umfassenden internen Reformen sei es, die politischen, sozioökonomischen und juristischen Strukturen auf das Niveau einer demokratischen Marktwirtschaft zu bringen. So habe die EU umfassende Hilfe bei der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Reform der nationalen Verwaltung geleistet und den Reformprozess nachhaltig begleitet.

Gleichzeitig verwies Sargsyan darauf, dass eine Europäisierung des Landes, nicht ohne einen Einbezug der politischen Parteien möglich sei. Der vor kurzem erfolgte Beitritt dreier armenischer Parteien zur Europäischen Volkspartei (Anm.: als Beobachter) - unter anderem der Republikanischen Partei, deren Vorsitz er inne habe - sei daher ein wahrhaft historisches Ereignis. Dies sei eine hervorragende Gelegenheit das europäische Wertesystem weiter zu verinnerlichen.

Im Mai würden in Armenien Parlamentswahlen abhalten, im kommenden Jahr Präsidentschaftswahlen. Armenien wolle diese Wahlen zu den besten seiner Geschichte machen. So seien bereits Schritte zur Verbesserung der Wahlgesetzgebung unternommen worden sowie zur Stärkung der Vielfalt der Medienlandschaft. Zudem seien Vorkehrungen für die Garantie der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit getroffen worden. Das wichtigste Ziel müsse jedoch eine Stärkung des Vertrauens gegenüber dem Wahl- und Demokratieprozesses sein.

Die Stärkung der Annäherung an Europa betreffe jedoch auch die außenpolitische Agenda. Die EU sei als globaler Akteur von enormer Bedeutung, auch weil es ein Modell für eine sichere und nachhaltige Entwicklung sei. Die Verinnerlichung der gemeinsamen Werte sei für Frieden auf dem Kaukasus entscheidend. Armenien sei nun ein

BERICHT

EUROPABÜRO BRÜSSEL

6. MÄRZ 2012

www.eukas.eu

zuverlässiger Partner sowohl auf regionaler wie internationaler Ebene und setze sich für friedliche Formen der Konfliktlösung ein.

Sargsyan befürwortete energetische Großprojekte in der Region, diese dürften aber nicht zu einer Beeinträchtigung der regionalen Sicherheit und Verschärfung bestehender Konflikte führen.

Zudem betonte Präsident Sargsyan, dass Armenien weiter eine friedliche Lösung des berg-karabach-Konfliktes im Rahmen der OSZE Minsk-Gruppe anstrebe. Zwar hätten die bereits Jahre andauernden Verhandlungen noch nicht zu einer Lösung des Konfliktes geführt, doch immerhin habe bislang ein neuer Gewaltausbruch vermieden werden können. Man habe sich zudem auf die grundlegenden prinzipien für die Beilegung des Konfliktes einigen können: Gewaltverzicht, territoriale Integrität und Selbstbestimmung.

Sargsyan bedauerte, dass die Erwartungen hinsichtlich einer Normalisierung des türkisch-armenischen Verhältnisses enttäuscht worden seien. Einige schlechte Vorahnungen hätten sich bewahrheitet. Man müsse aber die durch die Unterzeichnung der Züricher Protokolle eröffnete Gelegenheit nutzen, ein Scheitern des Prozesses würde die Partner noch weiter zurückwerfen. Die Bemühungen hätten bislang nicht gekrönt werden können, da sich die türkische Seite weigere Verträge und Übereinkünfte zu respektieren. Es gebe derzeit kaum eine politische Kraft in Armenien, welche die Türkei als zuverlässigen Partner betrachte: Armenien leide nach wie vor unter einer Blockade, die Grenzen seien weiterhin geschlossen. Zudem hätten antiarmenische Äußerungen hochrangiger türkischer Vertreter zugenommen, ein Minister habe sogar an einer antiarmenischen Demonstration teilgenommen. In diesem Kontext dankte Sargsyan der Europäischen Kommission, die ihre Besorgnis über diese Entwicklungen geäußert habe.

Gleichwohl äußerte Sargsyan seine Hoffnung, dass alle Akteure in der Region zu einem gemeinsamen Ansatz finden könnten und sich die Erkenntnis durchsetze, dass die Region nicht mit Aufrüstung, Kriegstreiberei und Grenzblockaden stabiliserte werden könne.

Trotz all dieser Probleme habe sich Armenien für einen demokratischen Weg entschieden: Man bemühe sich ein Land aufzubauen, in welchem die Menschenrechte respektiert würden, in welchem es ein unabhängiges Rechtssystem gebe und ein fairer Wettbewerb in Politik und Wirtschaft herrsche.